Der Bürgermeister

Stadt Lüdenscheid

Geschäftsführung:
Fachdienst Jugendamt - Verwaltung

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 13.05.2025

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Tanja Tschöke	Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Steffen Kriegel	SPD
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD
Ratsherr Christoph Weiland	CDU
Herr Manfred Baltrun	DIE LINKE.
Frau Andrea Feldmann	CDU
Herr Jamel Hellwig	SPD
Frau Valeria Klette	CDU
Herr Florian Wüllner	FDP
Frau Cordula Bock	Fraktionslos
Herr Andreas Brisch	Fraktionslos
Frau Nicola Halor	Fraktionslos
Herr Stefan Hesse	Fraktionslos
Frau Reinhildis Simon	Fraktionslos
Frau Petra Skerra	Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Beatrix Hostert	Fraktionslos
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos
Frau Katrin Langescheid	Fraktionslos
Frau Anke Lohbeck-Hüttebreucker	Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder

Herrn Felix Dornhöfer	Fraktionslos
Herr Michael Langhals	Fraktionslos
Herr Ernest Okon	Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Frau Nathalie Kompernaß
Herr Marco Malcherek-Schwiderowski
Frau Susanne Sondermann
Frau Karolina Zylakowski
Frau Monika Wieczorek
Frau Doreen Zborowski

Schriftführung:

Frau Ayca Senel

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Svenja Depner	Fraktionslos
Herr Jochen Grün	Fraktionslos
Herr Johannes Kirchhoff	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Selma Ugur	Internationale Liste der SPD

Verwaltung:

Herr Dirk Brombach
Frau Ursula Epp
Frau Sarah Katharina Erdmann

Beginn: 17:03 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

A) Öffentliche Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und gibt eine Änderung der Tagesordnung bekannt. Es liegt ein neuer Antrag der Fraktion Die Linke vor. Der neue Tagesordnungspunkt der linken wird auf TOP 5 gesetzt. Alle anderen Tagesordnungspunkte werden um einen Tagesordnungspunkt nach hinten verschoben. Gegen die neue Tagesordnung werden keine Einwände vorgebracht.

1. Öffentliche Fragestunde

Es gibt keine Anfragen aus der Öffentlichkeit.

2. Jugendprojekt WAS LOS?!

Frau Halor berichtet über aktuelle Wünsche der Jugendlichen. Es besteht weiterhin der Wunsch nach Jugendräumen im öffentlichen Raum z.B. mit Überdachungen oder multifunktionale Räume zum Lernen oder „Abhängen“ nur für Jugendliche. Bei der Beteiligung zum Mobilitätskonzept ist darüber hinaus aufgefallen, dass der Busverkehr ein großes Thema ist. Auch der Schulbusverkehr stellt sich wegen den ganzen Umleitungen als belastend heraus. Dieses Thema wurde aber beim Mobilitätskonzept bereits aufgegriffen und wird weiterverfolgt.

Herr Reuver stellt klar, dass Jugendliche sich überall in der Stadt aufhalten können und nicht zugewiesene Räume haben müssen um sich aufhalten zu dürfen.

Hierzu ergänzt Frau Tschöke, dass dieses Thema Schaffung von jugendgerechter Räume auch im Kinder- und Jugendförderplan aufgegriffen.

Zum Thema Mobilität berichtet Herr Reuver, dass aktuell mit den Staberger Schulen und der Gesamtschulte über eine mögliche Synchronisation der Schulanfangszeiten gesprochen wird, damit die Schülerinnen und Schüler pünktlich zur Schule ankommen.

3. Berichts- und Beschlusskontrolle

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

4. Überprüfung der Personalbemessung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) Evaluation des Prozessmodells Vorlage: 055/2025

Frau Kompernaß berichtet über Änderungen zum Vorjahr. In diesem Jahr wurde der Bereich der Rüst- und Systemzeiten aufgenommen. Das war ein Bereich was bisher nicht einberechnet wurde. Es ist eine Stabilisierung der Zahlen eingetreten. Eine deutliche Steigerungsrate ist im Bereich der Hilfen zur Teilhabe an der Gesellschaft zu verzeichnen. Insbesondere ist über den Zeitraum der Berichterstattung der letzten zehn Jahre eine deutliche Entwicklung zu verzeichnen, die fachdienstübergreifend aufgefangen werden soll. Die Zahlen der Kindeswohlgefährdungen sind konstant hoch. Zur Ausübung dieses Wächteramtes gibt es klare gesetzliche Vorgaben, mit zwei Fachkräften zu arbeiten, Leitung hinzuziehen und auch eine gute Einarbeitung von Mitarbeitenden in diesem verantwortungsvollen Bereich des Kinderschutzes sicherzustellen, die neben den Beratungsleistungen und den Hilfen zur Erziehung einen großen Teil der praktischen Arbeit darstellen.
Diese verantwortungsvolle Aufgabe wird hauptsächliche durch die ASD-Leitung und der Teamleitungen der drei Regionalteams gewährleistet.

Herr Weiland fragt, wie viele Stellen aktuell bemessen sind.

Frau Kompernaß antwortet, dass 19 Stellen bemessen sind, aber nicht alle besetzt sind.

Herr Hesse hofft auf ausreichend Vorfeldhilfen und dass genügend Mittel für z.B. Fortbildungen und Supervision zur Verfügung stehen, um eine stabile Mitarbeiterschaft zu erhalten.

Frau Tschöke fragt nach der finanziellen Ausstattung für Supervision.

Frau Kompernaß weist darauf hin, wie wichtig Supervision ist und ein wichtiges Qualitätsmerkmal, das dringend zu erhalten ist. Dennoch ist der Aufbau von Vorfeldhilfen dringend notwendig, die verstetigt und verfestigt werden müssen.

Herr Reuver betont, dass Fortbildungen und Supervisionen unterstützt werden und Bedarfe angemeldet werden sollen.

Herr Reuver spricht dem Team des Allgemeinen Sozialen Dienst seinen Dank aus.

Beschluss:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Aufgabenerledigung des Sachgebietes "Allgemeiner Sozialer Dienst" (ASD) im Fachdienst 51.2 wird weiterhin entsprechend den Darstellungen des Berichts gewährleistet.
3. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, für das Sachgebiet ASD bis auf Weiteres ein Kontingent von insgesamt 22 Sachbearbeitungs-Vollzeitstellen vorzuhalten und die Funktion der Teamleitung von Sachbearbeitungsaufgaben freizustellen.
4. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt eine Personalausstattung des Sachgebietes ASD mit 115%.
5. Für alle Stellen im ASD muss nach Auffassung des Jugendhilfeausschusses zwingend weiterhin die Befreiung von der Wiederbesetzungssperre und Ausnahme vom Prüfteamverfahren gelten.
6. Im Jahr 2025 wird erneut eine Evaluation des Prozessmodells mit Überprüfung der Personalbemessung durchgeführt und in 2026 zur Beschlussfassung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Antrag DIE LINKE - Absetzung des Tagesordnungspunktes 5 Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan

Der Antrag richtet sich auf die Absetzung des ursprünglichen Tagesordnungspunktes 5 „Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan“ und die Beauftragung der Verwaltung zunächst eine Kinder- und Jugendkonferenz zur Beteiligung am Kinder- und Jugendförderplan durchzuführen.

Herr Weiland führt aus, dass an der Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplanes insgesamt drei Jahre gearbeitet wurde und der Facharbeitskreis Jugend viel Arbeit investiert hat.
Herr Weiland weist zusätzlich darauf hin, dass Kinder- und Jugendfreizeiten unabhängig vom Einkommen der Familien realisiert werden.

Frau Halor berichtet, dass eine Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen am Kinder- und Jugendförderplan durch den Facharbeitskreis Jugend und der Angehörigen Personen stattgefunden hat. Dies zeige sich in den formulierten Handlungsempfehlungen, die die Wünsche und Bedürfnisse der jungen Menschen aufgreifen.

Herr Hellwig lobt den Facharbeitskreis Jugend und die Verwaltung in Zeiten der Haushaltssicherung eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen und eine derartige Ausstattung für die Kinder- und Jugendarbeit umzusetzen.

Herr Okon nimmt Stellung zur personellen Ausstattungen der Kinder- und Jugendarbeit im Zusammenhang mit Öffnungszeiten von Angeboten und berichtet, dass Öffnungszeiten sich mehr an den Bedarfen der jungen Menschen, als weniger an der personellen Ausstattung orientieren.

Frau Tschöke weist darauf hin, dass der Kinder- und Jugendförderplan der Politik bereits im April vorgestellt wurde und somit ausreichend Zeit für eine entsprechende Vorbereitung zur Verfügung gestanden hat.

Herr Reuver nimmt Stellung zum Thema „Jugendhearing“ / „Kinder- und Jugendparlament“, welches auch im Facharbeitskreis Jugend oft Thema ist. Bei solchen Formaten der Beteiligung besteht auch immer die Gefahr, dass viele Jugendliche eben nicht beteiligt werden. Kinder- und Jugendbeteiligung soll im Alltag eher schwellenarm oder künftig über digitale Beteiligungsformate erfolgen.

Frau Zborowski weist abschließend darauf hin, dass eine Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen in unterschiedlichen Varianten stattfindet. Das „Aufdrücken“ einer bestimmten Beteiligungsform wird als unangemessen empfunden.

Beschluss:

Absetzung des Tagesordnungspunktes 5 Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	1

6. Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan für Lüdenscheid 2025 - 2029; Schwerpunkte, Perspektiven und Planungen
Vorlage: 104/2025

Frau Zborowski stellt gemeinsam mit Frau Halor den Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan für Lüdenscheid 2025 – 2029 und deren Schwerpunkte, Perspektiven und Planungen anhand einer Power-Point Präsentation vor.

Frau Halor stellt zunächst den Facharbeitskreis und die Arbeit vor. Die Präsentation zum Kinder- und Jugendförderplan stellt im Wesentlichen dar, was sich im Vergleich zum vorherigen Plan verändert hat.

Frau Zborowski stellt die aufgestellten Handlungsempfehlungen vor, unterteilt nach Handlungsempfehlungen mit finanziellem Aufwand und jenen ohne direkten finanziellem Aufwand.

Diese Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Weiland lobt die Arbeit des Stadtjugendrings und des Facharbeitskreises Jugend und die aufgestellten Handlungsempfehlungen aus dem Kinder- und Jugendförderplan.

Herr Baltrun weist nochmal auf die Bedarfe von älteren Jugendlichen, jungen Erwachsenen und von Armut bedrohten Menschen hin und sichert die Unterstützung der Fraktion Die Linke zu den Handlungsempfehlungen zu.

Frau Zborowski berichtet zu Angeboten für ältere Jugendliche und zur stadtteilbezogenen Arbeit.

Herr Hesse greift den innovativen Ansatz der Handlungsempfehlungen im Bereich „social media“ auf und empfiehlt eine Evaluation von Erreichbarkeit der Adressaten durch die sozialen Medien. Gleichzeitig weist er auf Synergien durch die Nutzung sozialer Medien zu Angeboten anderer Bereiche und anderer Adressatenkreise hin.

Herr Okon merkt an, dass es in Lüdenscheid eine große Angebotsvielfalt und eine hohe Durchlaufzahl gibt. Insbesondere nach Corona ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Frau Halor ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt den Kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2025 – 2029 in der vorgelegten Form.
2. Die weitere Umsetzung steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Haushaltes 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

7. Standortverlagerung des AWO Familienzentrums Christine-Schnur-Weg Vorlage: 105/2025

Herr Weiland bezieht sich auf die Verlagerung der Kita an den Standort Wiesenstraße und merkt an, dass die Verwaltung nach Möglichkeit eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen soll, ähnlich zu den Bauvorhaben „Hintere Parkstraße“ und „Lenneteich“, mit der Zielrichtung eines Vergleichs, ob der Bau in Eigenregie oder der Bau durch einen Dritten wirtschaftlich günstiger ist.

Herr Reuver erklärt, dass eine solche Wirtschaftlichkeitsprüfung grundsätzlich erfolgt. Das Thema „Wiesenstraße“ hat sich bereits in den letzten Jahren konkretisiert und war auch Bestandteil der letzten beiden Kitabedarfsplanungen. Bedarfe bestehen noch hinsichtlich der Bereitstellung heilpädagogischer Kitaplätze, weshalb die Kita Wiesenstraße eine solche inklusive Ausrichtung erhalten soll. Darüber hinaus muss mittelfristig die Zukunftsfähigkeit der Bestandskitas in den Blick genommen werden, um die Versorgung weiterhin sicherzustellen.
Die in die Jahre gekommene Kita Christine-Schnur-Weg wird mit der Standortverlagerung zukunftssicher und resilient, sowohl vom Gebäude, als auch in Personalfragen gemacht.

Herr Weiland fragt an, ob aufgrund von Geburtenrückgang damit zu rechnen ist eine Bedarfsanpassung nach unten vornehmen zu müssen und es einen Abbau von Kitaplätzen geben kann.

Herr Reuver erklärt, dass die Entwicklungen gut beobachtet werden müssen, derzeit aber noch keine Parameter bestehen, die dies befürchten lassen.

Herr Dornhöfer ergänzt den Diskurs und regt an, dass die Kita-Versorgungsquoten stadtteilbezogen betrachtet werden.

Herr Reuver erklärt, dass die Versorgungsquoten planerisch und stadtteilbezogen betrachtet werden.

Frau Skerra erklärt sich für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Die Planungen für eine Verlagerung des Kita-Standortes des AWO Familienzentrums Christine-Schnur-Weg in die Wiesenstraße und die gleichzeitige Ausweitung der Kitaplätze sollen fortgeführt und konkretisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

8. Trägerschaft Kindertageseinrichtung Familienzentrum Regenbogen am Jahnplatz
Vorlage: 111/2025

Herr Reuver berichtet über die Trägerschaft Kindertageseinrichtung Familienzentrum Regenbogen am Jahnplatz. Der Vorstand des Kinderschutzbundes hat vor einigen Wochen erklärt, dass der Verein die Trägerschaft für die Kita Regenbogen am Jahnplatz abgeben möchte. Die Gründe hierfür sind ein Zusammenlaufen mehrerer Themen, insbesondere auch Personalthemen. Aber auch die ehrenamtlich getragenen Strukturen des Vereins, die nicht mehr in der Lage sind, die Anforderungen an den Kitabetrieb zu erhalten. Neben wirtschaftlichen Fragen, gab es auch Stellenvakanzen, sogar im Leitungsbereich. Höchste Priorität hat daher die Betreuungskontinuität, was nur mit der eigenen Trägerschaft in dieser Kürze der Zeit realisiert werden kann.

Frau Wieczorek berichtet, dass die letzte Bedarfsmeldung bereits im Jugendhilfeausschuss im März abgestimmt wurde und auch an dem Landesjugendamt übermittelt wurde und zurzeit in der Bewilligungsphase ist. Zwischenzeitlich wurde vom Landesjugendamt mittgeilt, dass unterjährige Änderungen eines Trägerwechsels in den Zuschussanträgen und in den Fördermitteln nicht korrigiert werden können. Es sind somit für das kommenden Kitajahrkeine Änderungen beim Trägeranteil zu den Kindpauschalen und keine Rückzahlungen in den Fördermitteln zu erwarten.

Herr Dornhöfer weist an dieser Stelle auf die prekäre Finanzierungssituation kleinerer Initiativen und Elterninitiativen hin. Elterninitiativen sehen sich immer höheren Personalproblematiken und Finanzierungsproblematiken ausgesetzt. Zukünftig muss es deshalb strukturell entsprechende Bedingungen geben, um kleine Initiativen in der Trägerschaft von Kitas halten zu können.

Herr Hellwig erklärt sich für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Die Trägerschaft für die Kita Regenbogen, Jahnplatz 15, wird ab dem kommenden Kindergartenjahr 2025/2026 durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe – die Stadt Lüdenscheid – wahrgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

9.1.1. Aktuelles CVJM Audrey's

Frau Zborowski berichtet über den aktuellen Stad des CVJM Audrey's. Es wurde zwischenzeitlich die Bestellung des Erbbaurechtes geprüft. Es gab mehrere Gespräche und Ortstermine, in denen sämtliche Konditionen besprochen und die vertraglichen Aspekte geklärt wurden. Dieser Vertragsentwurf liegt gemeinsam mit der Versicherungsabtretung seitens der Stadt Lüdenscheid bei einer Kanzlei zur Prüfung, damit der CVJM schnellstmöglich handlungsfähig wird. Sobald die Verträge fertig sind, wird in einem gemeinsamen Gespräch mit dem CVJM geprüft, ob alles Nötige veranlasst worden ist.

9.1.2. Aktuelles Kinder- und Jugendtreff Brügge/Kinder- und Teenietreff HdJ

Im Kinder- und Teenietreff „Haus der Jugend“ kam es zu einer Problematik mit dem Brandschutz und einer einhergehenden Personenzahlbeschränkung. Hiervon war der reguläre Betrieb betroffen und die Ferien Fun Days gefährdet. Durch den schnellen und engagierten Einsatz der Kollegen der ZGW konnte dieser Zustand behoben werden. Die Besucher*Innenzahl muss nicht mehr begrenzt werden und die Ferienmaßnahmen können wieder wie gewohnt am Standort stattfinden.

Am 23.04.2025 konnte die Brückenlösung zum Kinder- und Jugendtreff in Brügge geöffnet werden.

9.1.3. Abschied Herr Baltrun

Die Vorsitzende verabschiedet Herrn Baltrun aus dem Jugendhilfeausschuss. Herr Baltrun bedankt sich und gibt bekannt, dass dies seine letzte Sitzung gewesen ist und seine Nachfolgerin Frau Schmitt sein wird.

9.2. Beantwortung von Anfragen

Zu diesem Top gibt es keine Themen.

9.3. Anfragen

Zu diesem Top gibt es keine Themen.

Die Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung.

gez. Tanja Tschöke *gez. Ayca Senel*

Vorsitzende Schriftführer/in